

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesia (Sektion der Kommunistischen Internationales)

Stapfpreis: Einzel-Nr. 4.- M. Durch Postsendung 17.50 M. pro Woche, 70.- M. pro Monat. Durch die Post 20.- pro Monat. u. Nachzahl. a. d. Verlag n. 40 M. Abbestellungspreis: 5.- M. pro Quart. Produktionsgenossenschaft f. d. Druck- u. Verlagswesen, c. o. m. b. h., Breslau, Pöhlstraße Nr. 21000. — Fernsprech-Anschluss Ring Nr. 8887.

Freitag, 22. Sept. 1922

Abbestellungspreis: Die Schlesische Arbeiterzeitung des Bezirks Raum 4.- M., außerhalb 10.- M. Einmalige Wohnungsbesuche, Familienbesuche, Briefe und Sammlungsbesuche 1.75 M. — Adressen: Die Schlesische Arbeiterzeitung, oben oben Raum Nr. 21000.

Die zermalmende Lawine.

Die Mieten steigen — die Gräber öffnen sich. Wiederbeschaffungspreis — Lohndruck. Arbeitszeitverlängerung — Arbeitslosigkeit. Höhere Post- und Eisenbahntarife.

Während die Sozialdemokraten über die Steuerung schwagen und über Abhilfemittel salbadern, rollt die Lawine der Steuerung mit zunehmender Schnelle heran. Am 1. Oktober wird das Mietgesetz wirksam. Nach diesem Gesetz tritt eine Erhöhung der Miete um das sieben- bis achtfache gegenüber der Friedensmiete in Kraft. Die Folge dieser Erhöhung wird sein, daß zahlreiche Proletarierfamilien sich in den Wohnungsbedürfnissen noch weiter einschränken, sich noch mehr in Licht- und luftlose Kumpfe Löcher zuammensperren lassen. Der Lohn reicht ja nicht, um für Miete noch mehr auszugeben, wenn gleichzeitig das Brot viel teurer wird und die Preise allgemein in die Höhe schnellen. Was weiter kommt, auch dafür liegen schon Anzeichen vor: eine rapide Zunahme der Sterblichkeit! Im Kriege nahm natürlich die Sterblichkeitsziffer zu; im letzten Jahre sank sie wieder etwas, nun jedoch hat ein neues Steigen begonnen. Im Jahre 1913 kamen im Durchschnitt auf je 1000 Einwohner 7,5 Sterbefälle, ohne die Totgeborenen. Die Ziffer gilt für das Reich. Für August 1922 liegen die Sterblichkeitsergebnisse aus den deutschen Großstädten vor. Danach ergibt sich eine Durchschnittsziffer von rund 10. Für das laufende Jahr wird die Sterblichkeitsziffer mindestens um 50 Prozent höher sein als im Jahre 1913. Kein Schwab der Sozialdemokraten ändert etwas an dieser Entwicklung. Sie kann nur geändert werden durch eine Selbsthilfe des Proletariats.

In der Presse, in den öffentlichen Erörterungen, wird noch über den Wiederbeschaffungspreis debattiert; ob er berechtigt sei oder nicht, soll festgestellt werden. Dabei ist der Wiederbeschaffungspreis schon ziemlich allgemein üblich geworden. Die Debatten darüber sollen nur über die Tatsache hinwegtäuschen. Mit begreiflichem Mehagen kann nun die agrarische Presse darauf verweisen, daß die Leitung der Konsumgenossenschaften die einzelnen Verwaltungen veranlasse, bei den Kalkulationen den Wiederbeschaffungspreis zugrunde zu legen. Was den Konsumgenossenschaften recht ist, nehmen bei Agrarier, wie überhaupt alle Warenbesitzer, als billig für sich in Anspruch. Nur für die Ware Arbeitskraft gilt der Wiederbeschaffungspreis nicht. Ein Wiederbeschaffungspreis für die Ware Arbeitskraft (Lohn oder Gehalt) muß enthalten den Preis sämtlicher für die eigene Lebensführung des Arbeiters erforderlichen Güter, weiter aber auch die Lebenshaltungskosten für Frau, für vorhandene und noch zu erwartende Kinder. Enthält der Lohn nicht die Kaufkraft, die bisher umschrieben worden ist, dann kann die Ware Arbeitskraft nicht wieder vollständig erneuert werden. Man treibt Raubbau; Verminderung der Arbeitsleistung, schnelleres Sterben, Zunahme der Erkrankungsrisiken, das sind die Folgen. Und jetzt schon werden, wie von den Arbeiternachweisen in Berlin mitgeteilt worden ist, Stundenlöhne von 4-6 Mark angeboten. Für einen solchen Stundenlohn kann sich die Arbeiterin 1 bis 1½ Schripfen kaufen; für einen Tagesverdienst bei solchen Stundenlöhnen kann die Mutter für ihren Säugling einen bis eininhalb Liter Milch erwerben. Aber es reicht nicht einmal zur Ernährung des Säuglings. Wo bleibt die Mutter? Wo bleiben die anderen Kinder? Der Segen der SPD-Koalitionspolitik zeigt sich auf allen Gebieten.

Die Gewerkschaftsbürokratie jubelt über einen Sieg. Sie hat den Bergarbeitern die verlängerte Arbeitszeit mit Stinnes Hilfe aufgezwungen. Diesen Sieg der Arbeitsgemeinschaften gegen die Arbeiter benutzte der Sozialdemokrat Wiffel, um von den Eisenbahnern die Preisgabe des Achtstundentages zu fordern. Noch ist das Ueberschichtenabkommen im Bergbau nicht vollständig durchgeführt, und schon hört man, daß der Arbeitsmarkt überfüllt sei. Der Presse wird mitgeteilt, daß Angebote von Arbeitskräften für den Ruhrbergbau zurückgewiesen werden müßten. Bisher hörte man immer nur, der Mangel an Arbeitskräften und unzureichende Produktion erheische gebieterisch das Einlegen von Ueberschichten. Kaum hat man den Bergarbeitern die Ueberschichten aufgezwungen und schon hat man Arbeiter und Kohlen in Hülle und Fülle. Werden die Bergarbeiter nun merken, daß sie betrogen worden sind? Doch nicht nur im Bergbau wird die Frage der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsstreckung akut. Aus fast sämtlichen Bezirken des Reiches kommen aus verschiedenen Industrien die Meldungen von stärkerem Andrang Arbeitssuchender und von einer Umschichtung der Belegschaften. Die Unternehmer bevorzugen jetzt die billigsten Arbeitskräfte, Jugendliche und Frauen, die einen Nebenverdienst suchen, weil das bisherige Einkommen nicht mehr ausreicht. So wird die Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt vom Kapital noch dazu benutzt, die Lohnkosten zu vermindern, die Not der Arbeiter zu verschärfen.

Am 1. Oktober d. Js. werden auch wieder die Eisenbahntarife erhöht. Die hohen Tariffsätze machen das Reisen mehr und mehr zu einem Luxus. Am schlimmsten jedoch wirken die Gütertarife, die dem Arbeiter nicht direkt fühlbar werden. Sie verteuern jedoch die Waren, als deren Käufer der Verbraucher die erhöhten Tarife aufzubringen hat. — Auch die republikanische Post legt ihre Tarife mal wieder in die Höhe. In Zukunft soll eine Postkarte im Ortsverkehr 1,50 M. kosten, im Fernverkehr 3 M. Das Porto für einen gewöhnlichen Brief im Ortsverkehr steigt auf 2 Mark, im Fernverkehr auf 6 Mark. Mit der zunehmenden Verteuerung wird ebenso wie das Reisen auch das Brieffschreiben eine Sache, von der sich die Armen gänzlich fernhalten müssen.

Wenn man zu alledem noch hört, daß die Regierung nicht mehr Brot, dafür aber mehr Papier geben will (die Leistung der Notenpresse soll ganz erheblich gesteigert werden), d. h. daß die Regierung sich auf eine weitere erhebliche Verschlechterung der Valuta und somit der Kaufkraft des Geldes einrichtet, dann muß man wissen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft auf eine wirksame Bekämpfung der Steuerung und der Verelendung des Proletariats nicht zu hoffen ist. Die Arbeiterschaft muß daraus ihre Schlüsse ziehen. Die Gewerkschaftsbürokratie will nicht helfen, sie sabotiert den Kampf; sie zerplittert die Arbeiter, um sie kampflös zu machen. Darum müssen die Arbeiter ein neues Kampforgan schaffen; das sind die Kontrollausschüsse unter Leitung eines Reichsausschusses, den der anerkannte Reichsbetriebsrätekongress einsetzen muß.

Die Bedeutung des Reichsbetriebsräte-Kongresses.

Im wirtschaftlichen und politischen Leben der deutschen Arbeiterschaft hat sich schon seit langem kein so einschneidendes Ereignis abgespielt, als der Reichsbetriebsräte-Kongress, den jetzt die Arbeiterschaft im ganzen Reich vorbereitet. Der gewaltige Aufmarsch der Massen nach der Rathenau-Ermordung, die Niederlage der Arbeitsgemeinschaft auf dem Gewerkschaftskongress — beides beweist, daß der revolutionäre Geist in den deutschen Arbeitermassen allen Verhüthungssozialisten zum Trotz nicht schlafen gegangen ist, waren blasse Schatten gegen die zielbewußte Massenbewegung für den Reichskongress der Betriebsräte.

Während das Verlangen nach proletarischer Einheitsfront zum Kampfe gegen die immer wildere wirtschaftliche Ausbeutung, gegen die immer erdrückendere politische Knechtung schon seit langem in den Arbeitermassen lebendig war, schwebte diese Einheitsfront dem einfachen Mitglieder einer der Arbeiterparteien, oder dem politisch unorganisierten Gewerkschaftsmitglied als etwas Unklares, Unbestimmtes vor. Im Gegensatz zu einem SPD-Führer, der unter „Einheitsfront“ die Vernichtung aller anderen Arbeiterparteien zugunsten der „großen sozialdemokratischen Partei“ verstand, fühlte ein Arbeiter ohne List und Trug, daß es sich doch vor allem um Kampf handelt, daß die Einheit für den Kampf geschaffen werden soll, daß nicht der Kampf der Einheit zu Liebe aufgegeben werden soll. Aber eine greifbarere Form als gemeinsame Forderungen, oder vorübergehendes plötzliches Auflehnen — entstehend unter dem Gegendruck der Massen gegen den Druck der wirtschaftlichen und politischen Reaktion hat die einheitliche Kampffront lange nicht angenommen.

Erst die endgültige Verwandlung Deutschlands in eine Kolonie der Entente, die Verflügung des deutschen mit dem französischen Großindustriekapital, die vollzogene Oesterreichisierung Deutschlands haben die deutsche Arbeiterschaft durch sich überholende Steuerungsquellen aus ihren Träumen aufgerüttelt und im ganzen Reich erwuchs die Bewegung gegen Steuerung und Wucher. Die Arbeiter und Arbeiterinnen griffen zur Selbsthilfe, schufen Kontrollausschüsse, um der Preistreiber ein Ende zu machen. Aber diese Mittel erwiesen sich als beschränkt, ungenügend. Nicht am Marke, an der Quelle allen Reichthums, an der Produktion, in der Produktionsstätte muß die Kontrolle der Arbeiterschaft einsetzen, um Abhilfe zu schaffen.

Dort, in den Produktionsstätten, in den Fabriken und Betrieben hat die Arbeiterschaft ihre Organe — die Betriebsräte, eine zwar stark beschnittene, aber immerhin eine der letzten noch übrig gebliebenen Revolutionärrichtungen geschaffen. Natürlich wäre es, daß die Betriebsräte, die von allen proletarischen Organen am unmittelbarsten mit den Massen verbunden sind, die Aufgabe der Produktionskontrolle verwirklichen.

Trotzdem, daß die Arbeitsgemeinschaftspolitik bereits auch so manchen Betriebsrat tief zerstreut hat, zwang die unmittelbare Nähe der empörten Arbeitermassen doch die meisten, entscheidende Schritte zur Verwirklichung der längst aufgestellten, aber auch längst von den Gewerkschaftspitzen aufgegebenen Forderungen. Es war klar, daß man um ihre Verwirklichung sich nicht mehr drücken konnte.

Der Reichskongress der Betriebsräte wird am 22. Oktober zusammen treten. Er ist die erste greifbare Verkörperung der proletarischen einheitlichen Kampffront, er ist der letzte Schritt zur Verwirklichung der Sachwerterfassung mit Produktionskontrolle, er bedeutet den tatsächlichen Bruch mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsbürokratie und in seiner Folge auch den Bruch mit der Koalitionspolitik der Sozialdemokraten.

Darüber kann auch der Jubel über die bevorstehende Einschmelzung der USP in die SPD nicht hinwegtäuschen, im Gegenteil, vom Peter und Morbio gegen die Kommunisten begleitet, bestätigt er nur, daß die deutsche Arbeiterklasse auf dem besten Wege ist, sich von den

Wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland.

In Petersburg traf in den ersten Tagen des September aus Essen die deutsche Industriellen Arthur Belsch, A. Rippe und L. Wahl ein. Wie die „Pravda“ vom 2. September berichtet, wollen die Deutschen Metallfabriken in Nacht nehmen. Von Petersburg begaben sie sich nach Odessa. Wie die „Krasnaja Gafeta“ meldet, ist aus Frankfurt das Angebot eingelaufen, die frühere Automobilfabrik Renault zu pachten. Der Pächter übernimmt es, die Fabriken einzurichten und die Herstellung von Personen- und Lastautos in großem Maßstabe aufzunehmen.

In Petersburg trafen nach der „Sowjetka“ am 1. September 90 Automobile der amerikanischen Automobilfabrik Ford für den Ostzug ein. Die Automobile sind für Moskau bestimmt. Bis jetzt sind auf der Messe zu Rishat-Kowgorod 478 Firmen vertreten. Zwischen Moskau und Rishat-Kowgorod funktioniert ein Postdienst. Auf der Messe macht sich eine besonders rege Nachfrage nach elektrischen Achsen bemerkbar. In Baku ist am 15. September eine Messe eröffnet worden. Russische Waren: Manufaktur, Metalle, Gummi, Papier und Glas werden stark angeollt. Wie die „Krasnaja Gafeta“ meldet, sind viele Waren aus Batum, aus Armenien und dem Ausland zu erwarten.

...der internationalen Arbeiterbewegung...
...die deutsche Arbeiterbewegung...
...die russische Arbeiterbewegung...

Die Gewerkschaftsbürokraten gegen die Arbeiterchaft.

Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes veröffentlicht in der neuesten Nummer des „Textilarbeiter“, datiert vom 22. September, einen Aufsatz „An die Mitglieder, Betriebsratsmitglieder und Ortsverwaltungen“, in dem es heißt: „Wer sich an der Vorbereitung des kommunistischen (1) Betriebsrätekongresses beteiligt, wer an dem kommunistischen (1) Betriebsrätekongress teilnimmt, hat den Ausschluß aus dem Verbande zu gewärtigen, denn eine große Hungersnot wäre die Folge der Maßnahmen, die dieser Betriebsrätekongress erzwingen will.“

Der Aufruf des Textilarbeiterverbandes beleuchtet blickartig die Lage. Er drückt aus, daß die Gewerkschaftsführer entschlossen sind, ihre Drohungen wahrzumachen: jede Aktion des Proletariats zu verhindern.

Sie wollen die Arbeiterchaft vom Kampf zurückhalten, weil sie darin eine Bedrohung ihrer Pläne sehen. Das Stinnes-Lubersack-Abkommen kann nur durchgeführt werden, wenn der Lohn der Arbeiterchaft gedrückt, die Arbeitszeit verlängert und das Privat- und Wucherkapital in seinen Schieberaktionen nicht behindert wird. Die Gewerkschaftspitzen haben im Verein mit der SPD- und USPD-Führerschaft diesem Abkommen zugestimmt und sich verpflichtet, den Widerstand der Arbeiterchaft gegen die Durchführung des Abkommens zu brechen. Aus diesem Grunde wurde das Meber-schichtenabkommen im Bergbau abgeschlossen, sehen die Gewerkschaftsführer untätig zu, wie auch in den übrigen Industriezweigen die Arbeitszeit verlängert und der Achtstundentag durchbrochen wird. Die Sorge um die Erhaltung der Koalitionspolitik, um die Durchführung der Reparationsleistungen ist die wahre Ursache für das Vorgehen der Gewerkschaftsbürokratie gegen den Betriebsrätekongress, gegen die zum Kampf entschlossene Arbeiterchaft. Deshalb sollen Laufende der besten Kämpfer aus den Gewerkschaften geworfen und die Verbände zerschmettert werden.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten stehen nun vor der Wahl: Entweder sie folgen den Anordnungen und Drohungen der Arbeitsgemeinschaften und Koalitionspolitiker, die heute noch an der Spitze ihrer Organisationen stehen, was bedeuten würde — weiteres Steigen der Bucherpreise, Verlängerung der Arbeitszeit, Enten des Reallohnes, Vermehrung der Arbeitslosen und den Hungerdunst von Millionen. Oder sie fahren auf dem einmal beschrittenen Wege der Selbsthilfe fort, sie setzen sich ein für die Kontrolle der Produktion, der Lebensmittelverteilung und verdoppeln und verdreifachen ihre Energie, um den Betriebsrätekongress trotz alledem zustande zu bringen und ihn zu einem erfolgreichen Aufstand für den Kampf des gesamten Proletariats gegen seine Unterdrücker zu machen.

Die Arbeiterchaft muß entscheiden, welchen von den Wegen sie gehen will. In Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen muß sofort zu dem neuesten Vorgehen der Verbandsbürokratie Stellung genommen werden. Ist die Arbeiterchaft entschlossen, ihren begonnenen Kampf weiterzuführen, dann muß sie sich gegen die diktatorischen Spaltungsversuche einer kleinen Führerschicht mit aller Energie zur Wehr setzen. Sie muß sich durch unabweisliche Beschlüsse hinter die Betriebsräte stellen und durch Beharrlichkeit und Vertiefung der Bewegung den Gewerkschaftsinstanzen beweisen, daß nicht sie, sondern die Masse der Mitglieder die Gewerkschaften darstellen. Geht die Arbeiterchaft wie bisher geschlossen vor, dann wird sich der Aufruf des Zentralarbeiterverbandes und alle ähnlichen Drohungen der übrigen Zentralleitungen als ein Schlag ins Wasser erweisen, und die Einigkeit der Gewerkschaften, die zum Kampf unerlässlich ist, bleibt bestehen. Darum:

Kämpft zum Betriebsrätekongress trotz alledem!

Hunger und Arbeitslosigkeit.

Der Hunger peiniget das wertvolle Volk. Die Geißel der Arbeitslosigkeit verhängt sich noch die Not. Schon wird die verschärzte Qual fühlbar.

Nach dem Bericht der Arbeitsnachweise Berlin hat die Zahl der Erwerbslosen beiderlei Geschlechts bereits eine erhebliche Steigerung erfahren und ist ständig in schnellem Wachsen begriffen. Nur noch Jugendliche, besonders 16-jährige Mädchen, die nur den niedrigsten Tariflohn bekommen, werden eingestellt; erwachsene Arbeiterinnen und Arbeiter fliegen auf die Straße. Andererseits drängen sich viele verheiratete Frauen zu den Arbeitsstellen, meistens vergeblich.

Obwohl die Lage für die Arbeiter in Deutschland...
...die Arbeiterchaft...
...die Hungerlöhne...

Die Kapitalisten plündern das Volk aus und bereichern sich selbst.

Jeder Prolet muß uns mitteilen, was er an seiner Arbeitsstelle, im Geschäft, auf der Straße darüber erfährt.

Jeder Genosse muß an die Nachrichtenleiter berichten

Über alles, was er an Wucherzinsen, Betrügereien, Mißstände im Betriebe, Uebergrieffe der Unternehmer weiß.

Nur die zahllose Häufung von Tatsachen wird endlich auch die Indifferenten aus ihrer Gleichgültigkeit aufschrecken!

Der Parteitag der SPD.

München, 19. 8.
(Eigener Bericht unseres Sonderberichterstatters.)

Stimmungsbild vom Dienstag.

Der Parteitag schließt sich hin in dem Bewußtsein, daß die Leben nur überflüssiges Bewußtsein sind. Jede Kritik, soweit sie sich z. B. bei Frankfurter, Breslauer od. Thüringer Delegierten hervorwagt, wird vom Präsidium gequält oder im Lärm der Funktionäre unterdrückt. Das zeigte sich auch wieder in der Dienstagssitzung, die die Delegierten nur selten aus ihrer Gleichgültigkeit aufrüttelte. Allmählich wird auf diesem Parteitag, der jenseits jedes Klassenkampfes im Zeichen der Kommunistenheute und der Stimmkoalition steht, alles zum Schlagwort erklärt. Nach der Sozialisierung nun auch die Demokratisierung. So machte es Seering. Nur Stinnes stellt die lebendige Tatsache dar. Der alte Eduard Bernstein warnte sie zum Rinderjahren zu machen, machte zur Steigerung der Produktivität im Rahmen der Allgemeinen Interessen und stellte zum ökonomischen Verdruss seiner Parteigenossen die zunehmenden Spannungen der Arbeiterjugend für den Kommunismus bei der schlaffen und begeisterungslosen Haltung der Sozialdemokratie fest.

Im Mittelpunkt der sehr ruhig verlaufenen Nachmittags-sitzung stand der parlamentarische Bericht.

Die Diskussion, die sich schon bei Beginn in Kleinigkeiten ergellete und gleich dem Rezerat alle großen Gesichtspunkte vermissen ließ, wurde vorzeitig abgebrochen, denn abends findet für den bayerischen Bierdurst der Delegierten ein Komers im Ludwigsbau statt. Am Mittwoch soll die Diskussion weitergehen. Bis zur „Einigungsdebatte“ wird man dann wohl noch Johanna Reiches Vortrag über die Sozialdemokratie in ihrer Stellung zu den wirtschaftlichen Kämpfen der Frau und Albin Sängers Rezerat über die Justizreform hören.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittags-sitzung.

Robert Schmidt wendet sich gegen die Auswüchse des Parlamentarismus, Rob. der die Sozialisierung und Erziehung der Schwerte als Schlagwort bezeichnet hat. Wenn wir uns nur mit der Demokratie beschränken wollten, dann brauchen wir nicht Sozialdemokraten zu sein. In den Grundfragen marxistischer Politik und Theorie dürfen wir nicht irre werden. Die Erziehung der Schwerte ist ein notwendiger Schritt zur Enttarnung der Schwerte als ein notwendiges Element der Arbeiterchaft. Das deutsche Proletariat hat eine wirtschaftliche und dabei rechtliche Kraft erreicht, die beispiellos ist.

Die Forderung der Erziehung der Schwerte ist durchaus gerechtfertigt. Die Schwerte ist viel zu kurz als daß ich den Unterschied meiner Forderung zu den parlamentarischen Plänen der Arbeiterpartei hätte. Schmidt wendet sich gegen die Ausführungen Seering. Was wir der Parteimitting gegenüber haben, ist reichlich viel. Die Schwerte ist nicht die Kraft der Erziehung der Schwerte. Der letzte Zustand ist immer noch in von der Erziehung der Schwerte her. Die Schwerte ist ein notwendiges Element der Arbeiterchaft.

Karol Hannover legt die ganze Tragödie der Sozialdemokratischen Partei der letzten Jahre vor sich in der überaus schmerzlichen Einseitigkeit der Parteipolitik. Wir müssen uns etwas praktisches in der Reparationsfrage geben, es nicht an die 6 Prozent Gewinnaufschlag, die des Reich bei früheren Einweisen hätte einbringen können. Unabwieslich bedeutet die Kriegskriegs des Reiches keine Verschwendung an die bayerische Ordnungspartei.

Kellisch-Dresden bricht gegen die Oberflächlichkeit der Parteimittingen wirtschaftlichen Ausführungen. Eine Aufgabe, die aus Kapitalverhältnissen allein gestellt ist, ist die der Reparationsfrage. Seemann hat mit denselben Argumenten gearbeitet wie die Genossen im 2ten Aufschlag des Reichstags. Die Forderung der Erziehung der Schwerte ist ein notwendiges Element der Arbeiterchaft. Die Schwerte ist ein notwendiges Element der Arbeiterchaft. Die Schwerte ist ein notwendiges Element der Arbeiterchaft.

Seering hat wiederum die Meinung, daß die Demokratisierung der Verwaltung häufig zum Schlagwort wird. Er wendet sich gegen die Kommunistisierung der Parteimittinge und anderer Beamten. Die Zentralgewalt muß gestärkt werden. Bei allen diesen Fragen stehen Tatsachen und Erfahrungen mit

Im Buchhandelsgewerbe...
...die Arbeiterchaft...

Als ein weiteres beachtenswertes Merkmal der Situation wird darauf hingewiesen, daß sich sehr viele Arbeiter nicht mehr in der Lage befinden, die jungen Menschen weiter zu unterhalten.

Technische Verhältnisse werden aus verschiedenen Gründen des Reiches gemeldet.

In der Holzindustrie ist teilweise glänzende Konjunktur: die Banken lassen prächtige Einrichtungen bauen. Weiter haben sich Möbelfabriken und die Hersteller von Instrumenten auf das Walutageschäft gelegt. Auch die Schleier tragen noch etwas zur Roloratur bei. Die Beschäftigung wird gemeldet aus den Betrieben, die keine Lederwaren herstellen, sowie Klummbel, Auto- und Wagenfuge.

Die wenigen Angaben geben ein charakteristisches Bild von der Herrlichkeit unserer Schleierrepublik. Die Luxusindustrie und das Walutageschäft steht in prächtiger Blüte; die beginnende Arbeitslosigkeit benutzte das Unternehmertum, um vorwiegend Kinder zu beschäftigen und verheiratete Frauen, die für einen Kammerlohn arbeiten müssen und dadurch auf die Höhe für die erwachsenen Arbeiter drücken. Und der Rahmen zu dem Bilde? Der Wagnispreis wird vervielfacht und es kommen Kartoffeln in das Brot.

Der Parteitag der SPD.

München, 19. 8.
(Eigener Bericht unseres Sonderberichterstatters.)

Stimmungsbild vom Dienstag.

Der Parteitag schließt sich hin in dem Bewußtsein, daß die Leben nur überflüssiges Bewußtsein sind. Jede Kritik, soweit sie sich z. B. bei Frankfurter, Breslauer od. Thüringer Delegierten hervorwagt, wird vom Präsidium gequält oder im Lärm der Funktionäre unterdrückt. Das zeigte sich auch wieder in der Dienstagssitzung, die die Delegierten nur selten aus ihrer Gleichgültigkeit aufrüttelte. Allmählich wird auf diesem Parteitag, der jenseits jedes Klassenkampfes im Zeichen der Kommunistenheute und der Stimmkoalition steht, alles zum Schlagwort erklärt. Nach der Sozialisierung nun auch die Demokratisierung. So machte es Seering. Nur Stinnes stellt die lebendige Tatsache dar. Der alte Eduard Bernstein warnte sie zum Rinderjahren zu machen, machte zur Steigerung der Produktivität im Rahmen der Allgemeinen Interessen und stellte zum ökonomischen Verdruss seiner Parteigenossen die zunehmenden Spannungen der Arbeiterjugend für den Kommunismus bei der schlaffen und begeisterungslosen Haltung der Sozialdemokratie fest.

Im Mittelpunkt der sehr ruhig verlaufenen Nachmittags-sitzung stand der parlamentarische Bericht.

Die Diskussion, die sich schon bei Beginn in Kleinigkeiten ergellete und gleich dem Rezerat alle großen Gesichtspunkte vermissen ließ, wurde vorzeitig abgebrochen, denn abends findet für den bayerischen Bierdurst der Delegierten ein Komers im Ludwigsbau statt. Am Mittwoch soll die Diskussion weitergehen. Bis zur „Einigungsdebatte“ wird man dann wohl noch Johanna Reiches Vortrag über die Sozialdemokratie in ihrer Stellung zu den wirtschaftlichen Kämpfen der Frau und Albin Sängers Rezerat über die Justizreform hören.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittags-sitzung.

Robert Schmidt wendet sich gegen die Auswüchse des Parlamentarismus, Rob. der die Sozialisierung und Erziehung der Schwerte als Schlagwort bezeichnet hat. Wenn wir uns nur mit der Demokratie beschränken wollten, dann brauchen wir nicht Sozialdemokraten zu sein. In den Grundfragen marxistischer Politik und Theorie dürfen wir nicht irre werden. Die Erziehung der Schwerte ist ein notwendiger Schritt zur Enttarnung der Schwerte als ein notwendiges Element der Arbeiterchaft. Das deutsche Proletariat hat eine wirtschaftliche und dabei rechtliche Kraft erreicht, die beispiellos ist.

Die Forderung der Erziehung der Schwerte ist durchaus gerechtfertigt. Die Schwerte ist viel zu kurz als daß ich den Unterschied meiner Forderung zu den parlamentarischen Plänen der Arbeiterpartei hätte. Schmidt wendet sich gegen die Ausführungen Seering. Was wir der Parteimitting gegenüber haben, ist reichlich viel. Die Schwerte ist nicht die Kraft der Erziehung der Schwerte. Der letzte Zustand ist immer noch in von der Erziehung der Schwerte her. Die Schwerte ist ein notwendiges Element der Arbeiterchaft.

Karol Hannover legt die ganze Tragödie der Sozialdemokratischen Partei der letzten Jahre vor sich in der überaus schmerzlichen Einseitigkeit der Parteipolitik. Wir müssen uns etwas praktisches in der Reparationsfrage geben, es nicht an die 6 Prozent Gewinnaufschlag, die des Reich bei früheren Einweisen hätte einbringen können. Unabwieslich bedeutet die Kriegskriegs des Reiches keine Verschwendung an die bayerische Ordnungspartei.

Kellisch-Dresden bricht gegen die Oberflächlichkeit der Parteimittingen wirtschaftlichen Ausführungen. Eine Aufgabe, die aus Kapitalverhältnissen allein gestellt ist, ist die der Reparationsfrage. Seemann hat mit denselben Argumenten gearbeitet wie die Genossen im 2ten Aufschlag des Reichstags. Die Forderung der Erziehung der Schwerte ist ein notwendiges Element der Arbeiterchaft. Die Schwerte ist ein notwendiges Element der Arbeiterchaft. Die Schwerte ist ein notwendiges Element der Arbeiterchaft.

Seering hat wiederum die Meinung, daß die Demokratisierung der Verwaltung häufig zum Schlagwort wird. Er wendet sich gegen die Kommunistisierung der Parteimittinge und anderer Beamten. Die Zentralgewalt muß gestärkt werden. Bei allen diesen Fragen stehen Tatsachen und Erfahrungen mit

Der Verbandstag des DGB.

Das Ergebnis: Die Bürokraten haben nochmal geliegt.

6. Verhandlungstag.

Der Vertreter des Verbandes, Schumann, erhebt den Bericht von der Arbeit, der gegen die Übernahme der Kommunisten angenommen wurde. Die Befreiung der Betriebskommission, die alle vom Hauptvorstand vorgeschickten Ausschüsse enthält, wurde mit den gesamten Stimmen der SPD und USPD angenommen. Die kommunistische Fraktion stimmte geschlossen dagegen.

Durch die Abstimmung steht fest, daß in Zukunft eine verstärkte Hilfe gegen die Kommunisten in der Organisation einfließen wird. Die nächsten Ausführungen Schuffels gipfeln darin, daß er u. a. erklärte, daß alle diejenigen, die an Verhandlungen der revolutionären Betriebsräte und des Reichs-Betriebsräte-Kongresses teilnehmen, ausgeschlossen werden. Genosse Ebener (Frankfurt) versuchte, eine Erklärung der kommunistischen Fraktion abzugeben. Die Mehrheit setzte jedoch sofort mit Sumult ein und durch Obstruktion gelang es ihr, zu verhindern, daß die vom Gen. Ebener abgegebene Erklärung von den Delegierten verstanden wurde. Die Erklärung lautet:

Erklärung der kommunistischen Fraktion zum dritten Punkt der Tagesordnung:

„Die kommunistische Fraktion auf der Generalversammlung des DGB in München protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Vergewaltigung, die ihr bei jedem Punkt der Tagesordnung durch die Mehrheit (SPD und USPD) zuteil wird. Der Beschluß der Mehrheit, alle Ausschüsse des Hauptvorstandes gutzuheißen, hat gezeigt, daß die Worte des Vorsitzenden Schuffel von der Gleichberechtigung der Kommunisten und der Wahrung der Rechte der Mitglieder nichts weiter sind als eine Phrase.“

Trotz dieser Gewaltmaßnahmen des Vorstandes und seiner Mehrheit erklärt die kommunistische Fraktion, daß sie auch in Zukunft ihre ganze Kraft einsetzen wird, um die Einheit der Organisation zu erhalten.

Wenn trotzdem eine Zersplitterung des Verbandes eintreten sollte, so erklärt heute schon die kommunistische Fraktion, daß die Schuld ganz auf das Konto des Hauptvorstandes zu schreiben ist, der jede Demokratie innerhalb des Verbandes untergrub und mit rücksichtsloser Willkür gegen alle ihm unangenehmen Mitglieder vorgeht.

Der Mitgliedschaft im Lande wird die Minderheit des Verbandstages Aufklärung geben über all die Vorkommnisse, die sich auf der Generalversammlung abgespielt haben. Sie wird die Mitglieder zum Protest aufrufen gegen die Maßnahmen ihres Vorstandes, der vor keinem Mittel zurückschreckt, um für seine seither betriebene Taktik eine Mehrheit zu finden.“

Hierauf erklärt Schuffel, daß das Büro inzwischen festgestellt habe, daß die von dem Kollegen Ebener heute vormittag zur Verlesung gebrachte Erklärung zum Punkt 3 der Tagesordnung gehört. Da ein Verlesen der Zeitung vorliege, und der Kollege Ebener den Wunsch äußerte, daß die verlesene Erklärung zu Protokoll aufgenommen werden soll, gebe er dies hiermit bekannt. Er verliest hierauf die Erklärung und fragt den Verbandstag, ob die Erklärung in das Protokoll aufgenommen werden soll.

Vor der Abstimmung forderte Schuffel von dem Genossen Ebener die Zurückziehung der Erklärung mit der Drohung, daß, wenn diese Erklärung nicht zurückgenommen werde, der Vorstand sich gezwungen sehe, die nötigen Schritte gegen die Verfasser und Unter-

zeichner einzuleiten, in die Richtung der Hauptversammlung gegen den Verband selbst.

Genosse Ebener lehnte hierauf im Auftrag der Fraktion die Zurückziehung der Erklärung ab mit dem Hinweis auf die von dem Kollegen Schuffel ausgesprochene Drohung. In der Abstimmung wurde die Zurückziehung der Erklärung ins Protokoll gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. — Danach hielt Kober das Referat über die Beamtenfrage. Er ging auf die Abmachungen, die der DGB mit der AD geschlossen hatte, ein. Die Arbeitsgemeinschaft kann nur als Übergangsstadium gelten. Die Diskussion war eine äußerst lebhaft. Der Vertreter der AD, Scharf-Schwerdt, wandte sich gegen die Ausführungen Kober und gegen die Angriffe, die gegen die AD erhoben wurden. Bernhard vom Hauptvorstand des DGB richtete sehr scharfe Angriffe, meist persönlicher Natur, gegen den Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Schumann, so daß sich dieser gezwungen sah, in einer persönlichen Bemerkung dem entgegenzutreten und zu erklären, daß der DGB versuche, einen Keil in die Arbeitsgemeinschaft zwischen DGB und Transportarbeiterverband hineinzutreiben.

Er erstattete dann den Rechnungsberichtsbericht und legte verschiedene Anträge vor, die sich mit der Neuordnung der Gehaltsfragen der Angestellten und der Entschädigung der Delegierten auf dem Verbandstag und bei Agitationsreisen beschäftigten. Die Vorschläge wurden mit einigen geringen Änderungen angenommen.

7. Verhandlungstag.

Die Vormittagsitzung galt der Beratung des Statuts. Zu einem Zusammenstoß kam es, als der Genosse Ebener verlangte, daß die Rechte der Mitglieder erweitert werden müssen und die Macht des Hauptvorstandes einzuschränken sei. Als Genosse Ebener nochmals die sofortige Wiederaufnahme aller Ausgeschlossenen verlangte, ging die Mehrheit zu Sumultszenen über.

In der Nachmittagsitzung wurden die Anträge beraten, die in ihrer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurden. Zu einem sozialdemokratischen Antrag über die Sechsnische Nothilfe brachte die kommunistische Fraktion einen Änderungsantrag ein, der besagte, daß Mitglieder, die der Sechsnischen Nothilfe oder dem Bahnchuh angehören, aus dem Verband ausgeschlossen werden sollen. Bei Annahme der von den Kommunisten gestellten Anträge in der Endabstimmung stimmten die SPD-Leute gegen ihren eigenen Antrag.

Es erfolgte noch die Wahl des Hauptvorstandes, welche die Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder ergab. Eine Debatte entspann sich darüber, ob der Unabhängige Breunig wieder in den Hauptvorstand gewählt werden soll. Der von der Wahlkommission eingereichte Wahlvorschlag enthielt seinen Namen nicht mit. Im Schlusssatz bezeichnete Schuffel den Verbandstag als einen Markstein, eine Sagung von ungeheurer Bedeutung für den DGB. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde der Verbandstag geschlossen. Die Kommunisten stimmten die Internationale an.

Die Sagung des DGB hat gezeigt, daß die Bürokraten entschlossen sind, weitere Massenausweisungen vorzunehmen. Die besten Kollegen sollen also aus dem Verband geworfen werden, die Mitglieder sollen zu Sunuchen werden, damit sie den Bürokraten im Hauptvorstand willfährig sind. Die Eisenbahner müssen auf der Hut sein. Jeder neuen Provokation des Hauptvorstandes müssen sie den schärfsten Kampf ansagen.

Wollt Ihr Führer nicht, dann wollen wir es ohne Euch durchführen! Stellt Ihr Euch hindernd in den Weg, dann seid Ihr Helfer des Kapitals.

Wir fordern sofortige Einberufung des Reichsbetriebsräte-Kongresses!

Die Resolution ist an den DGB und an die drei proletarischen Parteien gerichtet.

Die Landeshuter Betriebsräte folgen nach!

In der am 19. September stattgefundenen Sitzung der Betriebsräte der Landeshuter Textilindustrie wurde ein Antrag einstimmig angenommen, durch das Kartell baldigst eine allgemeine Betriebsräteversammlung zu veranstalten zum Zwecke der Beschickung des Reichsbetriebsräte-Kongresses.

Der Brotwucher beschlossen.

Aus dem Reichsernährungsministerium wird der DGB mitgeteilt: Eine spätere Erhöhung des Brotpreises wird sich nicht umgehen lassen. Bei der Festsetzung des Preises für die diesjährige Getreideumlage konnte man natürlich die jetzt eingetretene Seuerung und vor allen Dingen die starke Preissteigerung für das Auslandsgetreide nicht vorhersehen. Das Er-

gebnis der Verhandlungen ist ein Sieg für die Arbeiter. Die Bürokraten haben nochmal geliegt. Die Kommunisten haben sich durchgesetzt. Die Arbeiter haben die Initiative ergriffen. Die Arbeiter haben die Initiative ergriffen. Die Arbeiter haben die Initiative ergriffen.

Die Sozialdemokratischen Führer haben in Augsburg lauten Protest gegen die Brotpreiserhöhung erhoben. Sie haben sogar mit der Sperrung der Regierungskassier gedroht. Aber schon am Tage darauf hat der Abgeordnete Schumann, edlicher als die anderen, diese große Geste verächtlich und kühl erklärt, die Forderungen der Landwirtschaft seien berechtigt. Auch die Koalitionsgenossen vom Zentrum rücken an und waschen den SPD-Führern lächelnd den Kopf. Von einem „Handstreich“ und „Meberfall“ könne man nicht reden in einer Sache, die die zuständigen amtlichen Stellen schon seit Wochen beschäftigt, so daß die sozialdemokratischen Führer Bescheid wissen mußten. Die „Germania“ erinnert die SPD-Führer daran, daß die Getreideumlagefrage Deutschland schon einmal an den Rand einer schwierigen innerpolitischen Krise gebracht habe, daß es aber damals bei allseitig gutem Willen (namentlich bei gutem Willen der Sozialdemokratie!) gelungen sei, aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Auch heute dürfe man sich den Weg durch Schlagworte und parteipolitische Rücksichten nicht verarmeln.

Natürlich wissen die Führer der SPD sehr genau, daß ein Beharren auf dem Widerstande gegen die Brotpreiserhöhung und die Verfolgung der arbeitenden Bevölkerung mit billigem Brot nicht nur zur Sprengung der Koalition, sondern in ihrem weiteren Verlauf zum Kampfe gegen die Sunter und die Bourgeoisie um die Kontrolle der Produktion führen müßte. Wenn sie in dieser Frage schwanken, so nur deswegen, weil ihre Furcht vor der Selbsthilfe der hungernden Arbeitermassen bald ebenso groß wird wie ihre Furcht vor der Bourgeoisie. Die Arbeiterschaft wird aber die Herren SPD-Führer beim Wort nehmen. Fallen sie nach ihren hochtrabenden Phrasen auch diesmal wieder der Koalition willen um, so wird das im höchsten Maße zur Aufklärung der Arbeiter über den Charakter der SPD und das Wesen der Koalitionspolitik beitragen und der eigenen Aktion der Arbeiterschaft gegen die Verelendung, die durch den Reichs-Betriebsräte-Kongreß eingeleitet worden ist, nur einen neuen Anstoß geben.

Die Sozialdemokratischen Führer haben in Augsburg lauten Protest gegen die Brotpreiserhöhung erhoben. Sie haben sogar mit der Sperrung der Regierungskassier gedroht. Aber schon am Tage darauf hat der Abgeordnete Schumann, edlicher als die anderen, diese große Geste verächtlich und kühl erklärt, die Forderungen der Landwirtschaft seien berechtigt. Auch die Koalitionsgenossen vom Zentrum rücken an und waschen den SPD-Führern lächelnd den Kopf. Von einem „Handstreich“ und „Meberfall“ könne man nicht reden in einer Sache, die die zuständigen amtlichen Stellen schon seit Wochen beschäftigt, so daß die sozialdemokratischen Führer Bescheid wissen mußten. Die „Germania“ erinnert die SPD-Führer daran, daß die Getreideumlagefrage Deutschland schon einmal an den Rand einer schwierigen innerpolitischen Krise gebracht habe, daß es aber damals bei allseitig gutem Willen (namentlich bei gutem Willen der Sozialdemokratie!) gelungen sei, aus den Schwierigkeiten herauszukommen. Auch heute dürfe man sich den Weg durch Schlagworte und parteipolitische Rücksichten nicht verarmeln.

Robotnicy polscy! Polska spolka wydawnicza „Trybuna“ w roslj sowieckiej.

Moskwa. Arbat: Krywonikolski 8
Wielki wybor literatury marksistowskiej robotniczej, zawodowej. Ksiazki i broszury własnych cudzych nakladaw.
Wszystkie pisma i gazety polskie wychodzące w całej Federacji, na które przyjmuje też prenumerate. Formuje i wysyła na zadanie biblioteczeki robotniczo, teatralno, szkolne i ogolno-kształcace. Zakupuje i sprzedaje stare wydawnictwa. Sprowadza literaturę polską z zagranicy. Zakupuje rękopisy do druku i wydaje. Zalatwia wszelkie operacje księgarsko-wydawnicze.

Przy większych zamówieniach dla rozsprzedasz odpowiedni rabat.

Przy większych zamówieniach dla organizacji robotniczych, partyjnych, zawodowych, kulturalno-oswiatowych, szkolnych i t. p. 10% rabatu.
Dla członków spółki 10% rabatu.

TOWARZYSZE! Zapisujcie się na członków Jedynej w świecie KOMUNISTYCZNEJ POLSKIEJ SPÓŁKI.

Wydawniczej!
Udział członkowski wynosi 1000.— wpisewie 100.—
Zgłoszenia przyjmuje.

„Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin SW. 61, Planufer 17.
Prenumerujcie Tagodnik komunistyczny, Trybuna komunistyczna.

Zadajcie katalog polskich wydawnictw. Polskie książki i pismo są do nabycia w wszystkich księgarniach partyjnych i droga organizacyjna.

Briefkasten.
Schmalfasser. Bericht von der Delegiertenversammlung des Schulte-Schichtes ist zum Abdruck zu bereit.

Die Arbeiter von Neustadt fordern den Reichs-Betriebsräte-Kongreß!

Die Bewegung für den Reichsbetriebsräte-Kongreß macht auch in Schlesien Fortschritte. In einer am 19. September in Neustadt O.S. stattgefundenen Volksversammlung, die von Arbeitern aller politischen Parteien besucht war, wurde nach einem Referat des Genossen Scholz folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution.

Die hier versammelte Arbeiterschaft fordert den DGB auf, endlich die Arbeiterschaft mobil zu machen, damit das Massenelend behoben wird. Das erste Mittel erfieht sie darin, daß die vom DGB aufgestellten und vom Betriebsräte-Kongreß gebilligten Forderungen endlich zur Durchführung kommen.

Nicht länger wollen wir darben, während die Kapitalisten Millionen anhäufen.

Nicht länger können unsere Familien so leben, sonst gehen sie zu Grunde.

Nicht länger wollen wir Knechte sein. Wir verlangen die Erfassung der Sachwerte. Wir verlangen, daß die Naturschätze nicht einzelnen Ausbeutern gehören, sondern der Allgemeinheit.

Parteigenossen! Rüstet zur Werbewoche vom 24. September bis 1. Oktober!

